

# Verbände pochen auf Artenschutz bei Wohnungsprojekt

Stand: 10.11.2024



Anwohner protestieren schon länger gegen Wohnungsprojekt (Archivbild)

Quelle: Jörg Carstensen/dpa

In Pankow wird schon länger um den Bau von 99 Wohnungen für Geflüchtete gerungen. Nun melden sich Naturschutzverbände zu Wort.

Mehrere Naturschutzverbände machen weiter Front gegen den geplanten Bau von 99 Wohnungen für geflüchtete Menschen in Berlin-Pankow. Die vorgesehenen oder schon umgesetzten Maßnahmen zum Artenschutz seien unzureichend und damit nicht genehmigungsfähig, erklärten der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Berlin, die Naturfreunde Berlin und die Landesarbeitsgemeinschaft für Naturschutz.

So umfassten die bisherigen Untersuchungen nicht alle auf dem Areal vorkommenden Tier- und Pflanzenarten. Vorgenommene Ausgleichspflanzungen seien noch sehr jung und bei weitem keine Ersatzhabitats für die vorkommenden Vogelpopulationen. Sollte das Vorhaben dennoch artenschutzrechtlich genehmigt werden, wollten die Umweltverbände weitere juristische Maßnahmen prüfen, hieß es.

In ihrer Erklärung treten die Verbände Kritik aus der Politik entgegen, der Natur- und Artenschutz verzögere Bauvorhaben. Naturschutzverbände müssten eingreifen, wenn einschlägige gesetzlichen Regelungen des deutschen und europäischen Rechts durch Bauherren nicht befolgt werden. «Die Gründe für die Verzögerungen liegen in der Unkenntnis der Gesetze oder im ausgeprägten Unwillen, sie auch zu befolgen.»

Die landeseigene Gesellschaft Gesobau will im Schlossparkkiez im Zuge einer sogenannten Nachverdichtung zwei Gebäude mit 99 Wohnungen für bis zu 422 Geflüchtete bauen. Das Vorhaben ist schon seit Jahren umstritten und Gegenstand diverser gerichtlicher Auseinandersetzungen, bei denen es etwa um die Fällung von Bäumen ging. Neben Umweltverbänden wehren sich auch Anwohner gegen die Baupläne.